

KURZFASSUNG

DIE ZEIT IST REIF: MEHR GERECHTIGKEIT WAGEN

1. Die Zeit ist reif: Mehr Gerechtigkeit wagen!

Die Sozialdemokratie hat innerhalb der letzten zehn Jahre fast die Hälfte ihrer Wählerschaft verloren. Die Gründe dafür sind vielfältig. Ein wichtiger, für den wir selbst Verantwortung tragen, ist die umstrittene rot-grüne Reformpolitik und der damit verbundene Verlust an Glaubwürdigkeit im zentralen Feld der Gerechtigkeit. Gleichzeitig hat die Ungleichheit in der Gesellschaft deutlich zugenommen. Die soziale Frage ist in voller Schärfe zurück. Mehr noch: Sie spitzt sich weiter zu. Deshalb ist die größte politische Herausforderung der Sozialdemokratie: Wir müssen mehr Gerechtigkeit wagen!

Die Einführung des Mindestlohns betrachten wir deshalb als Startschuss für eine neue strategische Gerechtigkeitspolitik. Schritt für Schritt wollen wir Vertrauen zurückgewinnen. Voraussetzung dafür ist erstens unser konkretes, an Gerechtigkeit orientiertes Handeln in der Bundes- und Landesregierung. Zweitens ist es entscheidend, deutlich zu machen, dass unsere Forderungen und Ziele über das aktuell Umsetzbare hinausgehen. Diese Positionsbeschreibung ist unser Beitrag zur Diskussion der SPD über ein Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017. Die aus unserer Sicht entscheidenden Handlungsfelder sind Verteilungsgerechtigkeit, Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt und bei der sozialen Sicherung, Bildungsgerechtigkeit, Gerechtigkeit in der Gesellschaft und Gerechtigkeit im globalen Maßstab.

2. Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt und in der sozialen Sicherung

Gute Arbeit ist für uns ein zentraler Wert. Sie ist der Schlüssel zu Teilhabe und verdient Respekt und Anerkennung. Abgesichert werden muss sie durch einen starken Sozialstaat, der für uns die größte zivilisatorische Errungenschaft des 20. Jahrhunderts darstellt. Leider sind die Arbeitsbedingungen in Deutschland

über die letzten Jahre ungerechter geworden. Während des letzten Jahrzehnts erfolgten ein Rückgang der Tarifbindung und ein Absinken der Reallöhne in zahlreichen Branchen. Der gesetzliche Mindestlohn hat dieser Entwicklung einen ersten Riegel vorgeschoben. Hier gilt es weiter anzusetzen. Am Arbeitsmarkt ergibt sich eine zunehmende Spreizung zwischen Fachkräften und Geringqualifizierten. Während in vielen Berufsgruppen nahezu Vollbeschäftigung herrscht, ändert sich an der Zahl der rund eine Million Langzeitarbeitslosen kaum etwas. Auch im Sozialsystem beobachten wir eine negative Entwicklung. Steigende Sozialbeiträge belasten insbesondere die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen. Gutverdiener entziehen sich dem Solidarsystem. Obwohl Menschen ihr Leben lang gearbeitet haben, droht vielen die Altersarmut. Auf diese Entwicklungen wollen wir mit folgenden Maßnahmen reagieren:

- Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung
- Einführung einer erweiterten Bürgerversicherung: Alle Bürgerinnen und Bürger zahlen in ein gemeinsames System sozialer Sicherung ein.
- Senkung der Arbeitnehmerbeiträge in der Sozialversicherung. Die Gegenfinanzierung erfolgt durch einen wachsenden Steuerzuschuss.
- Stabilisierung des Rentenniveaus in Verbindung mit der stärkeren Berücksichtigung von Erwerbsbiografie, Beitragsjahren und statistischer Lebenserwartung bei der Festlegung der Altersgrenze für die abschlagsfreie Rente.
- Neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt: Stärkung der aktiven Arbeitsmarktpolitik, Förderung eines öffentlichen Beschäftigungssektors für Langzeitarbeitslose, Neuregelung geringfügiger Beschäftigung und Begrenzung von Leih- und Zeitarbeit.

3. Bildungsgerechtigkeit

Bildung im sozialdemokratischen Sinne ist ganzheitlich und lebensbegleitend. Sie ist die Grundlage für eine gerechte Gesellschaft, in der Menschen durch Fleiß und Talent ihre selbstgesteckten Ziele erreichen. Unser Anspruch und unser zentrales Versprechen lautet „Aufstieg durch Bildung“. Leider hängt Bildungserfolg nach wie vor stark von der jeweiligen Herkunft ab. Von 100 Kindern aus Akademikerfamilien nehmen 71 ein Studium auf, während es bei Nichtakademikern lediglich 24 sind. Das ist zutiefst ungerecht. Herkunft darf kein soziales Schicksal sein. Der Zugang zu Bildung ist die zentrale Verteilungsfrage unserer Zeit. Deutlich wird das auch beim Blick auf den engen Zusammenhang von geringer Qualifikation und Arbeitslosigkeit. Entscheidend ist deshalb Prävention und Förderung sowie das Zugeständnis zweiter und dritter Chancen. Für mehr Gerechtigkeit in der Bildung wollen wir folgende Maßnahmen umsetzen:

- Abschaffung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern bei der Bildungsfinanzierung.
- Ausbau von Ganztagschulen und individuellen Förderangeboten, um zweite und dritte Chancen für alle Menschen zu schaffen.

- Einführung einer Mindestausbildungsvergütung und des Rechtsanspruchs auf eine qualifizierte Berufsausbildung.
- Beitragsfreiheit der Kinderbetreuung. Dies trägt zur Bildungsgerechtigkeit bei und entlastet Eltern finanziell.

4. Starke Familien und starke Kinder

Unsere Gesellschaft ist im Wandel. Sie wird bunter und vielfältiger. Weil sich diese Entwicklung schnell vollzieht, hinken die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen der gesellschaftlich-sozialen Dynamik hinterher. Der Staat hat sich noch nicht auf die neuen Familien- und Lebensmodelle eingestellt. Deshalb entstehen Gerechtigkeitslücken. Diese gilt es zu schließen. Unser familienpolitisches Leitbild ist dabei klar: Wir sagen den Menschen nicht, wie sie leben sollen, sondern wir helfen ihnen, so zu leben, wie sie leben wollen. Besondere Unterstützung brauchen insbesondere Kinder, Alleinerziehende und Menschen, die durch die gleichzeitige Pflege der Eltern und Betreuung der Kinder besonders gefordert sind. Unsere Maßnahmen orientieren sich an der gesellschaftlichen Realität und wollen diese durch gute Rahmenbedingungen nachvollziehen:

- Festschreibung von Kinderrechten im Grundgesetz, um einen besseren Schutz zu ermöglichen und den Vorrang des Kindeswohls bei allen Entscheidungen abzusichern.
- Zusammenführung von Kindergeld und Kinderzuschlag in einer Kindergrundsicherung, die in Form einer nicht abzugsfähigen Zuwendung erfolgt.
- Akzeptanz und Förderung aller Formen von Familie: Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare und Überführung des Ehegattensplittings in eine Individualbesteuerung.
- Einführung einer Familienarbeitszeit, die eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich vorsieht und so mehr Zeit für die Familie ermöglicht.

5. Verteilungsgerechtigkeit

Wir beobachten eine zunehmende Ungleichheit bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen. Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung verfügen über mehr als 60 Prozent des Gesamtvermögens. Parallel ist der private Wohlstand von 4,6 Billionen Euro im Jahr 1992 auf 10 Billionen Euro in diesem Jahr angewachsen. Die öffentliche Verschuldung hat sich im selben Zeitraum von 538 Milliarden Euro auf ca. 2000 Milliarden Euro fast vervierfacht. Eine Ursache für diese Entwicklung ist die Struktur unseres Steuersystems. Erbschaften in Millionenhöhe können fast steuerfrei übertragen werden, Milliarden Euro werden mit Hilfe dubioser Finanzplätze hinterzogen und Einkommen aus Kapital wird nach wie vor geringer besteuert als Einkommen aus Arbeit. Trotz dieser Rahmenbedingungen sind Steuerreformen für uns kein Selbstzweck. Unser Ziel ist vielmehr, die in den folgenden Kapiteln vorgeschlagenen Maßnahmen mit diesen Veränderungen gerecht und solide zu finanzieren:

- Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen durch eine deutliche Anhebung der Steuerfreibetrages
- Abschaffung der Abgeltungssteuer und Besteuerung von Kapitaleinkünften mit dem individuellen Einkommensteuersatz.
- Veranschlagung von Erbschaften und Schenkungen als Einkommen und Besteuerung mit dem individuellen Einkommensteuersatz. Lebenslang können eine Million Euro davon unbelastet geerbt werden.
- Besteuerung von Vermögen ab zwei Millionen Euro mit jährlich 1 Prozent.
- Mehr Personal für Steuerbehörden, härtere Strafen bei Steuerbetrug und engere internationale Koordination zur Austrocknung illegaler Finanzplätze.

6. Gerechtigkeit im globalen Maßstab

Die Politik der Sozialdemokratie hat stets eine internationale Perspektive. Trotzdem steht einem internationalisierten Kapital- und Warenverkehr bis heute eine Politik gegenüber, die zu stark in nationalstaatlichen Kategorien denkt und handelt. Auch deshalb beobachten wir eine Zunahme globaler Ungleichheit. Das reichste Prozent der Weltbevölkerung verfügt über die Hälfte des globalen Vermögens. Nach wie vor gibt es durch die Industriestaaten zu wenig Unterstützung für Entwicklungsländer und kein Interesse an fairen Handelsbedingungen. Die globale Ungerechtigkeit ist einer der Gründe für die aktuellen Flüchtlingsbewegungen in der Welt. Die Flüchtlingssituation offenbart zudem den Reformbedarf der Europäischen Union. Wenn sie als Erfolgsmodell Bestand haben soll, braucht es Veränderungen an ihren Strukturen. Um das 21. Jahrhundert zum Jahrhundert der globalen Gerechtigkeit zu machen, sind aus unserer Sicht daher folgende Maßnahmen notwendig:

- Umsetzung der durch die UN beschlossenen 2030-Agenda als Fortschreibung der Millenniums-Entwicklungsziele: Bekämpfung der Armut, Förderung von Bildung, Gleichstellung der Geschlechter und Verbesserung der medizinischen Versorgung.
- Ein faires europäisches Verteilungssystem für Flüchtlinge, das sich an Leistungskraft und humanitären Kriterien orientiert.
- Einsatz für globale Gerechtigkeit und die Sicherung sozialer Standards zum Beispiel durch den Abschluss fairer internationaler Abkommen zur Regelung grenzüberschreitender Märkte.